



Aktionsgemeinschaft Dienst für den Frieden e.V.
Action Committee Service for Peace - Comité d'Action Service pour la Paix

Blücherstraße 14	Postbank Köln
D - 53115 Bonn	BLZ 370 100 50
	Konto 249 083-508
Telefon: 02 28/2 49 99-0	
Telefax: 02 28/2 49 99-20	KD-Bank eG
	Duisburg
agdf@friedensdienst.de	BLZ 350 601 90
www.friedensdienst.de	Konto 10 11391 016

Thesenpapier

für die Konsultation am 23.11.07 in Berlin

"Vorrang für Gewaltfreiheit Kirche als Akteur für Krisenprävention und Konfliktbearbeitung"

Das im Rahmen des Projektes *"Vorrang für Gewaltfreiheit - Ein Plädoyer für zivile, gewaltfreie Konflikttransformation"* der Aktionsgemeinschaft Dienst für den Frieden (AGDF) erarbeitete Grundlagenpapier zeigt, dass Methoden der Konflikttransformation wirksam sind, wenn Krisen bewältigt, Frieden wieder hergestellt und mehr Gerechtigkeit geschaffen werden sollen. Es soll kirchlichen Akteuren erleichtern, im Allgemeinen, aber auch bei aktuell anstehenden konkreten Entscheidungen politische Entscheidungsträger zum Einsatz und zur Förderung von Mitteln gewaltfreier Konflikttransformation zu drängen. Das Papier erinnert an die friedensethischen Debatten der Kirche und Ökumene nach 1945 und beschreibt die Rolle von Kirchen im Kontext gewaltfreier Konflikttransformation. Erfahrungen und Erkenntnisse sowie Herausforderungen für gewaltfreie Konflikttransformation werden verständlich dargestellt und Entwicklungsbedarf aufgezeigt.

Die EKD-Friedensdenkschrift „Aus Gottes Frieden leben – für gerechten Frieden sorgen“ von 2007 führt das Konzept der „rechtserhaltenden Gewalt“ ein und beschreibt dessen Grenzen im Rahmen des Aufbaus einer globalen Friedensordnung als Rechtsordnung. Obwohl die Herausgeber des vorliegenden Papiers die Vision einer Welt, in der Konflikte gewaltfrei gelöst werden, anstreben und daher auch „rechtserhaltender Gewalt“ kritisch gegenüber stehen, werden im Rahmen des Projektes nicht die Möglichkeiten und Grenzen von Militäreinsätzen diskutiert. Es soll jedoch gezeigt werden, dass zivile Konfliktbearbeitung die Vision einer Welt ohne Militär realisierbar erscheinen lässt.

Keinerlei Intervention, auch nicht mit Mitteln der gewaltfreien Konflikttransformation stellt sicher, dass Krisen schnell und nachhaltig beendet werden, besonders wenn starke politische Interessen und Strukturen für die Aufrechterhaltung von Gewaltsystemen sorgen. Gewaltfreie Konflikttransformation kann jedoch Prozesse unterstützen, die zur Überwindung von Gewalt, Not und Unfreiheit beitragen sowie die Entwicklungspotenziale nutzen, die in den diesen Krisen zugrunde liegenden Konflikten liegen.

Die Haltung von Kirchen zu den Themen Krieg und Frieden war in der Geschichte durchaus widersprüchlich. Nach 1945 hat sich jedoch die Auffassung durchgesetzt, die gewaltfreien Mitteln der

Konfliktaustragung einen grundsätzlichen Vorrang bei der Durchsetzung politischer Ziele einräumt. Kirchen haben seitdem in ihrem Rahmen und Umfeld Initiativen und Ansätze entwickelt, unterstützt und gefördert, die diese Grundsätze in praktisches Handeln übersetzen.

Der Prozess der Aussöhnung mit den Nachbarstaaten Deutschlands nach dem II. Weltkrieg ist ein im wesentlichen erfolgreiches Beispiel ziviler Konfliktbearbeitung, für das auch kirchliches Engagement einen wesentlichen Beitrag geleistet hat.

Die EKD-Denkschrift von 2007 aktualisiert die Friedensdebatte in den Kirchen und bezieht sie auf heutige Herausforderungen von Krieg und Frieden. Sie stellt fest, dass es „im Sinne nachhaltiger Friedenspolitik ... darauf an[kommt], dass die Gesamtheit der Aktivitäten [der zivilen Konfliktbearbeitung] gefördert und offiziell politisch gestützt wird - einschließlich der Möglichkeit, aus Fehlern für die künftige Praxis zu lernen. Noch kann nicht davon die Rede sein, dass sich die politische Gesamtausrichtung von der Perspektive der zivilen Konfliktbearbeitung leiten lässt“.¹

Die AGDF will ausgehend von dieser Erkenntnis dazu beitragen, dass die beschriebene Lücke geschlossen wird und damit der gewaltfreien Option der ihr gebührende Vorrang auch tatsächlich zugestanden wird, wenn politische Entscheidungen über deutsches und europäisches Engagement in Krisengebieten anstehen, damit ihr „Vorrang“ nicht zu einer leeren Formel wird, der letztendlich dazu dient, den Einsatz des militärischen – wenn auch nachrangig - zu rechtfertigen. Kirche verfügt über wirkungsvolle Mittel und Möglichkeiten, hat diese jedoch bei weitem noch nicht ausgeschöpft.

Bei der Arbeit an dem Grundlagenpapier wurde folgender Handlungsbedarf deutlich:

Bezogen auf die Kirche:

1. Der **Konziliare Prozess** für Gerechtigkeit, Frieden und die Bewahrung der Schöpfung hat nichts an seiner Bedeutung verloren. So gilt es aktuell, den Zusammenhang zwischen strukturellen Ungerechtigkeiten der Globalisierung und Waffengewalt sowie der Gefährdung der Natur (wieder) herzustellen. Der AGAPE-Prozess und die Dekade zur Überwindung von Gewalt müssen stärker aufeinander bezogen werden. Fragen nach gemeinsamen theologischen Wurzeln, der politischen Analyse, politischer Praxis sowie ekklesiologischen Folgen sind zu beantworten.
2. Für die Akteure im Bereich der Evangelischen Kirche – Entwicklungsdienste, Friedensdienste, Friedensforschung, ökumenische Gruppen und verfasste Kirche – bedarf es einer gemeinsamen Arbeitsplattform, die beispielsweise die geplante Konferenz für die Friedenarbeit darstellen könnte, sowie verabredeter Verfahren der **Zusammenarbeit**, um in ihrer Gesamtheit mehr öffentliche und kircheninterne Wirkungsmöglichkeiten zu erlangen.
3. Die Existenz der **Arbeitsstellen für Frieden** innerhalb der Landeskirchen ist in Gefahr. Die vorhandenen Ressourcen dürfen nicht verringert werden, sondern müssen erhalten oder sogar ausgebaut werden. Auch Friedensdienste, wie sie in der AGDF zusammengeschlossen sind, können langfristig nur sinnvolle Friedensarbeit leisten, wenn ihre Arbeit in der verfassten Kirche bis hin in die Gemeinden verankert ist.
4. Im Sinne einer **friedensethischen Grundbildung** müssen Friedenserziehung und der Vermittlung von Erfahrungen und Methoden der Konflikttransformation im kirchlichen Raum ein (noch) höherer Stellenwert eingeräumt werden.
5. Kirchen und kirchliche Werke sollten ihr **weltweites verlässliches Netz von Kontakten** strategisch dazu nutzen, lokalen Akteuren in Krisengebieten eine größere Rolle in der Konflikttransformation zu verschaffen. Dazu gehören die Herstellung von Kontakten zu politischen Entscheidungsträgern, die Beratung lokaler Akteure bei der Entwicklung von Kompetenzen und Strategien sowie die finanzielle Unterstützung ihrer Ansätze.

1 Aus Gottes Frieden leben – für gerechten Frieden sorgen. Denkschrift der EKD. Gütersloh 2007. S. 113

6. Die kirchlichen Akteure können im Bereich der gewaltfreien Konflikttransformation einen substanziellen Beitrag leisten. Diese Kompetenz gilt es zu erhalten und auszubauen. Für die Einwirkung auf politische Prozesse in Deutschland, in Europa und global, als Anwalt der Partner im Süden und einer zivilen Politik, sind weitere **Ressourcen** notwendig.
7. Kirchen müssen stärker ihre eigenen Möglichkeiten einer kritischen Analyse der **Auswirkungen militärischer Interventionen** auf die Menschenrechte, die Sicherung von Grundbedürfnissen und die natürliche Umwelt einsetzen.

Kirchen verfügen über gesellschaftlichen Einfluss auf der mittleren Ebene, die ihnen Zugänge zur Politik verschafft, sie aber auch in Verbindung mit Handelnden auf der Graswurzelebene hält. Diese Stellung muss verstärkt genutzt werden, um der gewaltfreien Konflikttransformation Geltung zu verschaffen.

Bezogen auf Gesellschaft und Politik stellen sich folgende Herausforderungen:

8. Gewaltförmige Eskalation von Konflikten ist kein Zufallsprodukt oder tritt unerwartet und spontan auf. Bereits frühe Phasen der Eskalation können beobachtet werden. Hierfür sind Antennen – Strukturen und Instrumente – entwickelt worden und Indikatoren helfen, Warnsignale einzuordnen. Doch offensichtlich ist der Weg von der Wahrnehmung von Konflikten zum politischen Handeln weit. **Frühzeitiges Handeln** unter Nutzung aller Instrumente der zivilen, gewaltfreien Konflikttransformationen muss Priorität erhalten.
9. In anderen Fällen ist es auch ein Mangel an Wissen, Bewusstsein und Fertigkeiten, der dazu führt, dass gewaltfreier Konflikttransformation nicht der ihr gebührende Stellenwert zukommt. Entweder sind die erforderlichen **Kompetenzen** heute noch gar nicht vorhanden oder bestehendes Wissen hat verantwortliche Personen noch nicht erreicht. Diese Lücken gilt es zu schließen.
10. Bei Entscheidungen über Interventionen in Konfliktregionen müssen politische und auch zivilgesellschaftliche Akteure ihre **Interessen, Ziele und Werte öffentlich und kritisch reflektieren**. Expertisen zur Sache müssen eingeholt und öffentlich gemacht werden.
11. Das Versagen internationaler Institutionen in gewaltförmigen Konflikten hat zu einer Kritik an jeglicher Form, sowohl militärischer als auch ziviler Intervention geführt. Friedens- und Entwicklungsdienste haben aufgrund ihrer Erfahrungen Instrumente entwickelt, die ihre Arbeit sensibler für das Konfliktgeschehen machen und Friedenskräfte gegenüber Kriegspotentialen stärken sollen. Jegliche Intervention sollte **konfliktsensibel**, d.h. nicht Gewalt eskalierend, gestaltet werden.
12. Letztlich sind es **lokale Akteure**, die Nachhaltigkeit sicherstellen und langfristig die Verantwortung für Prozesse übernehmen. Sie sind der Schlüssel erfolgreicher Konflikttransformation. Dies muss auch zu einer Änderung von Prioritäten bei der Vergabe von Fördermitteln und der Gestaltung von Haushalten führen.
13. Besonders seit Beginn der 1990er Jahre wurden eine Reihe dieser Erfahrungen auch auf akademischer Ebene reflektiert. Das Arbeitsgebiet „zivile Konflikttransformation“ hat sich in diesem Zeitraum sehr differenziert und eine bedeutende Entwicklung erfahren. Zurzeit liegt keine umfassende aktuelle Darstellung des „state of the art“ der Konflikttransformation vor. Die **Reflexion der Praxis** der Konflikttransformation sollte weiter verstärkt werden.
14. Wissenschaft und staatliche Institutionen sollten **Auswirkungen militärischer Interventionen** auf Menschenrechte, die Sicherung von Grundbedürfnissen und die natürliche Umwelt kritisch analysieren, entsprechende Evaluationsinstrumente weiter entwickeln und die notwendigen Informationen öffentlich zur Verfügung zu stellen.
15. **Rüstungsproduktion und -export** brauchen in Deutschland weiter eine kritische öffentliche Beobachtung. Es gilt die internationalen Bemühungen um die Ächtung besonders menschenverachtender Waffen, wie Landminen, Streumunition und Atomwaffen sowie der Eindämmung des expandierenden Handels mit Kleinwaffen zum Durchbruch zu verhelfen.

16. Die Erfahrungen von NRO in der Konflikttransformation werden bisher in der **Öffentlichkeit** wenig wahrgenommen. Die **Expertise der NRO** für politische Entscheidungsprozesse gilt es zu nutzen, beispielsweise wenn es um die Reaktion auf politische Konflikte geht, die sich zu Krisen (zu) entwickeln (drohen).
17. Da Fragen der Konfliktintervention zunehmend im **internationalen und multilateralen Kontext** - wie EU, UN und Regionalorganisationen - diskutiert werden, müssen sowohl staatliche als auch zivilgesellschaftliche Akteure ihre Kompetenzen und Ressourcen in diesem Bereich ausbauen. Von Kirche erwarten andere zivilgesellschaftliche Akteure Unterstützung bei der Herstellung politikrelevanter Kontakte und bei der Lobbyarbeit für gewaltfreie Konflikttransformation in Bezug auf Grundsatzentscheidungen, aber auch wenn auf Entscheidungen zu einzelnen Krisenregionen eingewirkt wird.
18. Es bedarf einer größeren **Kohärenz** von staatlichem und zivilgesellschaftlichem Handeln in und in Bezug auf Konfliktregionen durch die Schaffung bzw. Weiterentwicklung von Abstimmungs-, Beratungs- und Kooperationsverfahren. Dies darf jedoch nicht dazu führen, dass zivilgesellschaftliche Akteure – insbesondere kritische Ansätze – in ihrer Eigenständigkeit und sich ergänzenden Vielfalt beschnitten werden.
19. Bestehende – auf dem Prinzip der Subsidiarität beruhende – **Förderinstrumente** sollten ausgebaut und weiterentwickelt sowie entsprechend der Erfahrungen mit der Konflikttransformation und neueren Erkenntnissen über Transformationsprozesse angepasst werden. Dabei muss die Prozesshaftigkeit von Konflikttransformation stärker berücksichtigt werden. So sind Förderinstrumente (z.B. ZIVIK) langfristiger und verlässlicher zu gestalten oder ihre Flexibilität (z.B. im Falle des ZFD) zu erhöhen.
20. **Friedenserziehung und Friedensjournalismus** als Voraussetzung der Friedensfähigkeit der eigenen Gesellschaft müssen ausgebaut und der Schaffung einer konstruktiven Streitkultur größere Bedeutung beigemessen werden.

Bonn, 12.11.2007